CDU

Parteitag stimmt für Landarztquote

Die CDU hat dem Hausarztmangel auf dem Land den Kampf angesagt. Auf ihrem Parteitag im Dezember in Essen verabschiedeten die Christdemokraten einen Antrag, in dem sie eine Landarztquote für das Medizinstudium fordern. Demnach sollen Universitäten eine bestimmte Anzahl von Studienplätzen für Bewerber reservieren, die sich nach der Ausbildung dazu verpflichten, für gewisse Zeit in einer unterversorgten Region im ländlichen Raum zu arbeiten. Den Antrag hatten die CDU-Landesverbände Baden-Württemberg und Sachsen in den Parteitag eingebracht.

Mit einer Landarztquote als Teil des Masterplans Medizinstudium beschäftigen sich Politiker, Ärzte und Medizinstudierende seit geraumer Zeit. Erst kürzlich hatte sich die Bundesvertretung der Medizinstudierenden (bvmd) auf ihrem Bundeskongress erneut gegen die Quote ausgesprochen. „Es gibt viele Gründe, die gegen eine Landarztquote sprechen, für uns Studierende ist dabei die Verpflichtung zum Studienbeginn das Hauptargument sowie die Forderung nach einem fairen Auswahlverfahren für Studienbewerber, was die Landarztquote nicht ist“, erklärte bvmd-Sprecherin Solveig Mosthaf gegenüber der „Ärzte Zeitung“. Bereits im vergangenen Sommer einigten sich die Gesundheitsminister der Bundesländer grundsätzlich auf eine Landarztquote bei der Auswahl der Medizinstudierenden. Dagegen lehnte sie der Deutsche Ärztetag im Mai 2016 zum wiederholten Mal ab. In der Begründung heißt es, dass lediglich wenige Bewerber schon vor Studienbeginn wüssten, welche Fachrichtung sie wählten und ob sie auf dem Land arbeiten möchten.

cas

Medizinklimaindex

Zahnärzte und Humanmediziner sorgen für Lichtblick

Humanmediziner, Fachärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten haben in einer berufsübergreifenden Statistik einen eher pessimistischen Blick auf ihre aktuelle wirtschaftliche Lage. Dies geht aus dem aktuellen Medizinklimaindex (MKI) hervor, den die Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse halbjährlich im Auftrag der Stiftung Gesundheit erhebt. Demnach lag der MKI im Herbst 2016 bei minus 3,7. Im Vergleich dazu vermeldete die Stiftung Gesundheit im Frühjahr noch einen MKI von plus 0,2. Gründe für die Verschlechterung werden nicht erfragt.

Zwischen den Gruppen der Niedergelassenen gibt es jedoch deutliche Unterschiede. Vor allem dank Zahnärzten und Hausärzten fällt das Ergebnis positiver aus. Der MKI der Hausärzte liegt bei plus 3,9, und Zahnärzte haben einen Wert von plus 2,5.

Belastung auf sehr hohem Niveau

Bürokratiewust kostet Ärzte Millionen Arbeitsstunden

Die 150.000 niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten haben im vergangenen Jahr bis Ende September etwa 52 Millionen Stunden für Büroarbeit aufgewendet. Diese Zeit fehlte für die Behandlung von Patienten. Das ist das Ergebnis des Bürokratie-Indexes (BIX) von Kassenärztlicher Bundesvereinigung (KBV), Kassenärztlicher Vereinigung Westfalen-Lippe und der Fachhochschule des Mittelstands. Laut Index nahm die Bürokratiebelastung innerhalb von drei Jahren um 4,72 Punkte auf 95,28 Punkte ab. Dies entspricht einem Rückgang von 55 Millionen Stunden auf 52 Millionen Stunden, um die Anforderungen der gemeinsamen Selbstverwaltung von Kassenärztlichen Vereinigungen, Krankenkassen und dem Gemeinsamen Bundesausschuss zu erfüllen. Dennoch sieht die Ärzteschaft Handlungsbedarf, weil die Belastung weiterhin auf hohem Niveau ist. „Die Zeit der Niedergelassenen ist schließlich in erster Linie für die Patienten da und nicht für den Papierkram“, sagte der KBV-Vorstandsvorsitzende Andreas Gassen. Er forderte von den Krankenkassen eine verbindliche Zielmarke für den Bürokratieabbau. Als gutes Beispiel führte Gassen den Wirtschaftssektor an, für den die Bundesregierung eine 25-prozentige Verringerung der Belastung durch staatliche Informationspflichten festlegte.

cas

© Stefan Yang / fotolia.com